

Leitsätze zum Rahmenkonzept für die Bereiche Wohnen und Arbeiten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Kanton Thurgau

5. Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen.....	2
2. Leitsätze	4

1. Grundlagen

Die Artikel 8, 112b und 112c der Bundesverfassung (BV), die UNO-Behindertenkonvention (UNO-BRK) und die Grundsätze der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost+ZH) bilden die Grundlage für die Rechte von Menschen mit Behinderung. Weiterhin bilden diese Regeln die Grundlage für die Leitlinien der Leistungserbringenden im Kanton Thurgau für die daraus abgeleiteten Massnahmen und Aktivitäten. Die vom Eidgenössischen Departement des Innern aus der UNO-BRK abgeleiteten Handlungsfelder, die im vom Regierungsrat beauftragten Grundlagenbericht zur Umsetzung der UNO-BRK im Kanton Thurgau vom 3. November 2023 aufgenommen wurden, bilden die Grundlage und Schwerpunkte für zukünftige Massnahmen, welche im Rahmen des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) sowie für ambulante Leistungsangebote umzusetzen sind.

Bei der Definition von Behinderung orientiert sich der Kanton am WHO-Modell, das von einer Behinderung/Beeinträchtigung ausgeht, wenn es massgebliche Einschränkungen der Körperfunktion und -struktur sowie bei den normalen bzw. alltäglichen Aktivitäten und der gesellschaftlichen Partizipation bzw. Teilhabe gibt. Aufgrund der kantonalen Zuständigkeit für die Bereitstellung von Leistungsangeboten für invalide Personen gemäss Art. 112b BV gelten diese Leitsätze für die definierte Zielgruppe sowie für die Gestaltung der Leistungsangebote in den Bereichen Wohnen und Arbeiten / Tagesgestaltung für diesen Personenkreis.

Ausgangslage für die zu planenden und umzusetzenden Massnahmen anerkannter Leistungserbringender ist der konkrete Bedarf von Menschen mit Behinderung. Die Massnahmen werden durch einen kontinuierlichen Austausch in den individuellen Fällen, aber auch für alle generellen und grundlegenden Anliegen, unter aktivem Einbezug der betroffenen Menschen entwickelt und führen zu regelmässigen Anpassungen der kantonalen Massnahmenplanungen und Konzepte.

Der Kanton ist sich der unterschiedlichen Herausforderungen und Anforderungen von Menschen mit verschiedenartigen Behinderungen und deren Schweregrade bewusst, und gestaltet aus diesem Grund die Leistungen bedarfsorientiert.

Die inhaltlichen und rechtlichen Anforderungen an die Behörden bedürfen nicht nur einer Umsetzung in den kantonalen Institutionen sowie den leistungserbringenden Organisationen, denen öffentliche Aufträge übertragen sind, sondern benötigen ein breites Verständnis und eine grundlegende Verankerung in der Bevölkerung. Mit Veranstaltungen und weiteren Massnahmen versucht der Kanton die Bevölkerung für die Anliegen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren, indem er ihren Lebensalltag und den sich ergebenden konkreten Bedarf aufzeigt und näherbringt.

Die Umsetzung der Leitsätze erfolgt auf Basis der relevanten Gesetzgebung, der Qualitäts-Richtlinien der SODK Ost+ZH und im Kontext des Rahmenkonzepts für die Bereiche Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderung im Kanton Thurgau, wobei

der Schwerpunkt des Konzepts gemäss IFEG auf dem Handlungsfeld „Alltags- und Privatleben“, mit dem Fokus auf der individuellen Wohnsituation, und dem Handlungsfeld „Arbeit“, mit Schwerpunkt bei der Förderung diverser angemessener Arbeitsplatzstrukturen, liegt. Menschen mit Behinderung sollen soweit möglich ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen können. Der Kanton bestärkt dies durch ein durchlässiges Leistungsangebot an ambulanten und stationären Wohnangeboten. Gleichzeitig fördert er Arbeitsangebote auf dem allgemeinen und dem ergänzenden Arbeitsmarkt.

Der Partizipation der betroffenen Menschen kommt eine zentrale Rolle zu, d.h. sie werden in die Erarbeitung grundlegender Inhalte und auch in sie selbst betreffende Entscheidungen so weit als möglich eingebunden. Das gilt insbesondere bei der Gestaltung der eigenen Lebensführung.

Das Departement für Finanzen und Soziales zeigt mit den Leitsätzen auf, wie es die zukünftigen Leistungsangebote für Menschen mit Behinderung gestalten will. Die Verantwortlichkeit für die Überprüfung der Leitsätze auf deren Wirksamkeit liegt beim Departement für Finanzen und Soziales. Es stimmt sich dabei mit den massgeblichen Interessensvertretungen ab.

Die vorliegenden Leitsätze wurden am 5. Dezember 2023 vom Departement für Finanzen und Soziales verabschiedet. Sie ersetzen das Leitbild vom Oktober 2012.

2. Leitsätze

Menschwürde

Die Würde von Menschen mit Behinderung wird fortwährend geachtet und geschützt.

Chancengerechtigkeit

Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle Mitglieder der Gesellschaft und können gemäss ihren Möglichkeiten frei von Diskriminierung am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Bedarfsorientierung

Die vielfältigen und unterschiedlichen Formen von Beeinträchtigungen und Behinderungen werden wahrgenommen und anerkannt und dem sich daraus ergebenden vielfältigen Bedarf und den vielfältigen Anforderungen wird von den zuständigen staatlichen Institutionen Rechnung getragen.

Selbstvertretung

Menschen mit Behinderung sind Expertinnen und Experten in ihrer eigenen Sache und sollen sich soweit möglich selbst vertreten und sich aktiv in die Ausgestaltung der Umsetzung von Rechten und Angeboten einbringen.

Teilhabe und Integration

Die grösstmögliche Eigenständigkeit und selbstbestimmte Lebensführung werden gefördert. Die Schaffung von staatlich geförderten und privaten Arbeitsplätzen und -stätten sowie von verschiedenen Wohnformen für Menschen mit Behinderung werden unterstützt.

Durchlässigkeit und Wahlfreiheit

Ambulante und stationäre Leistungen ergänzen sich, wobei Durchlässigkeit und Wahlfreiheit gewährleistet werden.

Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

Bedarf, Qualität und Wirtschaftlichkeit werden als massgebende Kriterien bei der Entwicklung, Umsetzung und Ausrichtung der Angebote berücksichtigt.

Sensibilisierung

Mittels verstärkter Aufklärung und Massnahmen wird die Bevölkerung über die besonderen Bedürfnisse und Herausforderungen von Menschen mit Behinderung sensibilisiert.